



Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr

4. Sitzung (öffentlich)

25. November 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

kommt der Ausschuss überein, Punkt 9 „Startbahnverlängerung und Finanzierung beim Flughafen Münster/Osnabrück“ von der Tagesordnung abzusetzen, da das OVG Münster für Anfang nächsten Jahres eine mündliche Erörterung zum Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück angesetzt habe.

1 Information der Landesregierung über das Gespräch mit dem Bundesverkehrsministerium zu Schienenprojekten in NRW

5

- Bericht des Ministers für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

Vorlage 15/187

- Bericht durch Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV)

5

- Aussprache

6

2	RRX	12
	– Gespräch mit der Deutschen Bahn AG	
	– Bericht durch die DB AG	12
	– Aussprache	12
3	Betuwe-Linie	15
	– Gespräch mit der Deutschen Bahn AG	
	– Bericht durch die DB AG	15
	– Aussprache	15
4	Qualitätsprobleme und Überlastungen im Regionalverkehr NRW	21
	– Berichte der Deutschen Bahn AG und der Zweckverbände VRR, NVR und NWL	
	Stellungnahme 15/126	
	– Bericht durch Heinrich Brüggemann (DB Regio NRW)	21
	– Bericht durch Günter Padt (NWL)	21
	– Bericht durch Winfried Wenzel (NVR)	21
	– Bericht durch Ludger Drabiniok (VRR)	22
	– Aussprache	23
5	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW)	27
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/444	
	– Beginn der Beratung	27
6	Staus in Nordrhein-Westfalen vermeiden – Nachtbaustellen ausweiten	28
	Antrag der Fraktion der FDP	

Drucksache 15/127

- Beginn der Beratung 28

7 Schienen- und Straßenbauprojekte zügig umsetzen, keine grün-roten Planungsverzögerungen zulasten der Bürger bei Straßenausbau- und Ortsumgehungen 31

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/480

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer mündlichen Anhörung.

8 Nachtflugerweiterung beim Flughafen Dortmund 36

- Bericht des Ministers für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

Vorlage 15/189

- Bericht durch Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV) 36
- Aussprache 36

9 Startbahnverlängerung und Finanzierung beim Flughafen Münster/Osnabrück 38

- Bericht des Ministers für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

Vorlage 15/190

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Tagesordnung abgesetzt.

10 Auswärtige Termine 39

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung einer ganztägigen Busbereisung von Wohnungsbauprojekten am Montag, den 24. Januar 2011, von 10 bis 15 Uhr nach Duisburg, Düsseldorf und Viersen.

11 Terminplan des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr im Jahr 2011**40**

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Terminplan des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr im Jahr 2011: 27. Januar, 10. Februar, 24. März, 7. April, 5. Mai, 9. Juni, 14. Juli, 22. September, 10. November, 1. und 15. Dezember 2011.

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/444

Vorsitzender Dieter Hilser teilt mit, der Gesetzentwurf sei vom Plenum zur Beratung und Vorlage einer Beschlussempfehlung am 11. November 2010 an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr überwiesen worden. Hierzu werde eine schriftliche Anhörung mit Frist zur Abgabe der Stellungnahme bis Ende November durchgeführt.

Benedikt Hauser (CDU) führt aus, die Aufteilung der Pauschale in 87,5 % und 12,5 % einerseits zugunsten der Verkehrsunternehmen direkt und andererseits zugunsten der Aufgabenträger sei ja daran gebunden, dass die Aufgabenträger dies für Maßnahmen verwendeten, die im Ausbildungsverkehr eine Rolle spielten. Dies werde bislang im Gesetzentwurf etwas offener ausgedrückt. Er gehe davon aus, dass die Landesregierung dies durch einen Erlass oder eine Verordnung näher spezifizieren wolle. Er würde es begrüßen, wenn der Ausschuss im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens bzw. im Vorfeld erfahren könne, wie diese Spezifikation aussehe. Bei dem einen oder anderen Aufgabenträger bestehe nämlich die Sorge, dass ein sehr bürokratischer Apparat aufgebaut werde.

Christof Rasche (FDP) bittet um eine Aussage über das Beratungsverfahren.

PStS Horst Becker (MWEBWV) erläutert, die Landesregierung bemühe sich, zeitnah eine Spezifikation vorzulegen. Ziel müsse es sein, die Verwendung der Mittel gesetzlich zu verankern, damit die Mittel nicht für anderweitige Zwecke verwendet würden. In der Vergangenheit sei dies sehr unterschiedlich gehandhabt worden. Er weise darauf hin, dass die jetzige Regelung von allen mitgetragen werde. Dies gelte auch für die Aufteilung 87,5 % und 12,5 %.

Vorsitzender Dieter Hilser teilt mit, es sei vorgesehen, in der nächsten Sitzung am 9. Dezember über den Gesetzentwurf abschließend zu beraten und abzustimmen.

PStS Horst Becker (MWEBWV) macht deutlich, dies müsse man auch tun, weil ansonsten zu Beginn des nächsten Jahres eine andere Verteilung zulasten der Landkreise greifen würde.

